Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2024

Antrag vom 2. Juni 2025

Die Mitte-EVP-Fraktion / SVP-Fraktion (Tschirky-Gaiserwald)

Auftrag:

Die Regierung wird eingeladen,[1] sich weiterhin entschieden gegen die mögliche Einführung der Individualbesteuerung einzusetzen, indem sie:

– ihre im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes geäusserte ablehnende Haltung öffentlich vertritt;
– die Bemühungen der Kantone aktiv unterstützt, um die Einführung der Individualbesteuerung abzuwenden;
– sich jener Allianz von Kantonen anschliesst, die gegebenenfalls das Standesreferendum ergreifen,

und dem Kantonsrat noch vor Ablauf einer allfälligen Referendumsfrist über die getroffenen Massnahmen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung hat die Regierung die Einführung selbiger abgelehnt. In der Sommersession 2025 der eidgenössischen Räte wird das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung voraussichtlich zu Ende beraten und daraufhin im Bundesblatt publiziert. Damit beginnt die Referendumsfrist von 100 Tagen. In dieser Zeit können interessierte Kreise durch Sammlung von 50'000 Unterschriften das Referendum ergreifen. Weiter kennt die Bundesverfassung das Instrument des Kantonsreferendums. Acht Kantone können gemeinsam das Referendum einreichen und damit eine Volksabstimmung erzwingen.

In der Verfassung des Kantons St.Gallen ist das Recht der Regierung, ein Kantonsreferendum (wörtlich spricht die Verfassung vom Standesreferendum) zu ergreifen, in Art. 74 Abs. 3 festgehalten.

Da die Regierung bereits in der Vernehmlassung das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung abgelehnt hat, ist es nur konsequent, wenn sie nun gegebenenfalls das Kantonsreferendum ergreift.

[1] Auftrag nach Art. 95 des Geschäftsreglements des Kantonsrates, sGS 131.11.